Strukturbereinigung ETH?: zeitgemässe Forderungen an die Hochschulpolitik

Autor(en): **Scherrer, H.U.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Ingenieur und Architekt**

Band (Jahr): **104 (1986)**

Heft 7

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-76072

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Strukturbereinigung ETH?

Zeitgemässe Forderungen an die Hochschulpolitik

Im raschen Wandel der Zeit müssen heute auch die Institutionen der Lehre und Forschung immer wieder überdacht und den neuen Forderungen angepasst werden. Gerade weil diese als staatliche Körperschaften nicht dem ausgleichenden Kräftespiel des freien Marktes unterstehen, kommt der politischen Meinungsbildung über ihren Stellenwert grösste Bedeutung zu.
Die weitere Entwicklung unserer Hochschulen, namentlich der ETH, tangiert nicht nur unseren Berufsstand, sondern unsere gesellschaftliche Zukunft überhaupt. Als direkt Betroffene und Mitgestaltende sind wir daher in besonderem Masse aufgerufen, uns mit diesen Problemen zu beschäftigen.

Unsere Wohlfahrt basiert massgeblich auf wirtschaftlichen Leistungen - und diese werden auch durch Leistungen der «Lehre und Forschung» geprägt. Heute ist unser rohstoffarmes Land längst nicht mehr autark. Unser künftiges wirtschaftliches Bestehen wird also im *internationalen* Wettbewerb entschieden.

Nach bewährter Aufgabenteilung sind Lehre und Grundlagenforschung dem öffentlichen Bereich zugewiesen. Unsere Wirtschaft ist und bleibt auf umsetzbare Ergebnisse unserer Hochschulforschung sowie auf gute Ausbildung der Wissenschafter und Ingenieure angewiesen. Dabei lösen statistische Vergleiche von Ingenieuranteilen mit dem Ausland ein ungutes Gefühl aus, weil die Grundlagen dazu - vorab die Definition des Ingenieurs - undurchsichtig sind. Mir scheint aber, es mangle der Schweiz nicht so sehr quantitiv an Ingenieuren; vielmehr sollten Anstrengungen unternommen werden, qualitativ die besten Leute wieder vermehrt für Ingenieurberufe zu gewinnen.

Stets wurden auch die erforderlichen Mittel freigesetzt, während der wirtschaftlichen Euphorie sogar freizügig: Allein von 1960 bis 1974 betrug beispielsweise die durchschnittliche Zuwachsrate der Etatstellen an der ETH-Z 8,1% pro Jahr (vgl. Bild).

Der Wandel

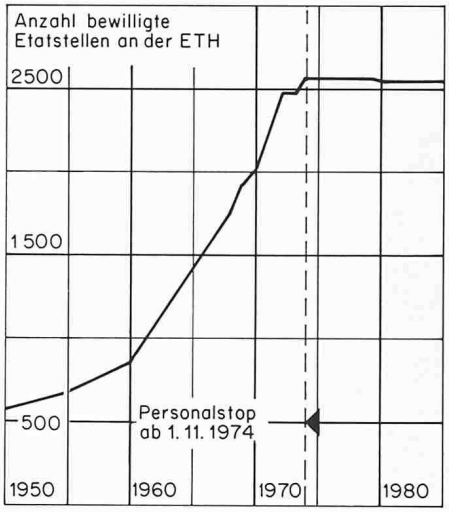
Mit der ersten Ölkrise erfuhr die Wachstumsgläubigkeit einen jähen Einbruch. Private Unternehmen mussten unverhofft Rückschläge hinnehmen, sich den veränderten Gegebenheiten strukturell anpassen und «redimensionieren».

Folgerichtig wurden an öffentlichen Institutionen analoge Schritte eingeleitet: An der ETH beispielsweise ab 1. November 1974 ein Personal- und Ausgabenstopp. Bei einem gesamthaft immer noch ungebrochenen Studentenzuwachs ist die Gefahr enorm, dass die Forschung unter dem Druck der Lehre sträflich leidet.

Solche politischen Entscheide waren als erste Konsequenz des drastischen Wandels in der Wirtschaft, als «Zäsur zum unbegrenzten Wachstum» sicher richtig. Heute, über 10 Jahre später, ist es an der Zeit, die Mittelzuteilung, mindestens in der Absolutheit jener Entscheide und angesichts heute wieder veränderter Anforderungen, neu zu überdenken. Die gegenwärtig in Diskussion stehenden 50 temporären Zusatzstellen sind ein erster Tropfen auf einem sehr heissen Stein.

Weil unsere Hochschulen (wie auch andere öffentliche Institutionen) nicht direkt dem marktwirtschaftlichen Druck unterworfen sind, müssen solche strukturellen Anpassungen durch entsprechende Führungsentscheide eingeleitet werden. Alte Aufgaben verlieren an Bedeutung, neue Herausforderungen wie etwa die Informatik erwachsen. Selbst im Bauingenieurwesen, welches viel an vergangenem «Glanz» eingebüsst hat, sind neue Prioritäten zu setzen, so etwa Bauerhaltung, Materialkunde, Umweltschutz - um nur einige Beispiele zu nennen. Was für die Privatwirtschaft recht und billig ist, sollte auch für die öffentlichen Institutionen (Dienerin der Gesamtheit!) Anwendung finden.

Vor diesem Hintergrund gibt es für die ETH nur drei ganbare Wege, ihren Auftrag für «Lehre und Forschung» - so auch für neue Aufgaben - zeitgemäss zu erfüllen:



- Rationalisierungsmöglichkeiten lokalisieren und ausschöpfen, d.h. die «Produktivität» erhöhen, um damit Mittel für die neuen Aufgaben freizusetzen;
- Mittel intern umlagern, d.h. überholte Aufgaben amputieren (in der Privatwirtschaft hinlänglich bekannt) oder doch reduzieren;
- begründet, in angemessenem Umfang, doch neue Mittel für ganz gezielte Einsätze fordern.

Dies sind denn auch die wesentlichsten Inhalte der vom Schulratspräsidenten in Auftrag gegebenen Hayek-Studie. Der erste Bereich enthält, weil Rationalisierung nicht gerade zu den natürlichen Stärken eines Staatsbetriebes gehört, erhebliches Potential. Im zweiten Bereich wirkt sich die faktische «Anstellung auf Lebzeiten» hinderlich aus. Die Modalitäten dieses Status müssen ernsthaft überdacht werden. Dabei sollten - wie in der Privatwirtschaft - natürliche Abgänge genutzt werden.

Für besondere Problembereiche sind gezielt zusätzliche Mittel anzufordern. So schlägt Hayek nebst der effektiven Aufstockung um 500 Etatstellen beispielsweise weitere 200 befristete vor, welche - nachdem übrige Massnahmen zum Tragen kommen - wieder abgebaut werden sollen.

Da die Tragfähigkeit unserer künftigen Wirtschaft entscheidend von einer gut ausgebauten Stätte für Lehre und Forschung abhängt, muss doch ernsthaft die Bereitschaft mobilisiert werden, aus unserer gegenwärtigen Wirtschaft auch die nötigen Mittel für die neuen, zukunftsorientierten Aufgaben freizumachen.

H. U. Scherrer